

Rede von Jannek, Vertreter der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, SDAJ, Berlin am 9. Februar 2020 in Ziegenhals

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

eine Woche nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg, fand unter erschwerten Bedingungen die vom ZK der KPD einberufene Tagung im Sporthaus Ziegenhals statt. Etwa vierzig führende Funktionäre nahmen daran teil – unter anderen Ernst Thälmann, der hier seinen letzten bedeutenden Auftritt als Parteiführer hatte, bevor er am 03. März 1933 von der Berliner Polizei verhaftet wurde. Zahlreiche weitere Teilnehmer wurden in den Lagern ermordet oder von den faschistischen Schergen getötet. Wir versammeln uns hier, um unseren Genossinnen und Genossen zu gedenken.

Wenn wir diesen Menschen gedenken, die im Kampf um eine Welt des Friedens und der Freiheit ihr Leben ließen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass im Sporthaus Ziegenhals, anlässlich der am 05. März 1933 bevorstehenden Reichstagswahlen, debattiert und gestritten wurde, um die neue politische Situation nach der Machtübertragung des deutschen Monopolkapitals an die Faschisten auszuwerten und eine schlagkräftige antifaschistische Strategie zu entwickeln. Gedenken heißt dann auch sich zu besinnen, dass die Gefahr des Faschismus, solange wir im Kapitalismus leben, nicht gebannt ist: Wer vom Kapitalismus nicht reden mag, der soll vom Faschismus schweigen.

Umso weiter wir uns vom historischen Faschismus geschichtlich entfernen, desto mehr Kriminalisierung erfahren wir als solche, die den Faschismus als eine Herrschaftsform des Kapitals werten. Es gehört zum hegemonialen Standardrepertoire, beispielsweise des Verfassungsschutzes, jeden zum Verfassungsfeind zu stempeln, der die Charakterisierung des Faschismus auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale für zutreffend hält. Es wäre töricht, wollten wir uns darüber entrüsten, dass man diese historisch stichhaltige Definition mit dem Stigma „orthodox-kommunistisch“ als unwissenschaftlich abqualifizieren will. Die zwölf Jahre der Naziherrschaft, das war die Exekution einer „terroristischen Diktatur“, wie sie brutaler nicht hätte sein können: mit der staatsterroristischen Zerschlagung der Arbeiterbewegung, mit rassistischer Verfolgung bis zum Holocaust, mit dem Terrorsystem der KZ-Lager, der SS und Gestapo, mit den Eroberungs- und Vernichtungsfeldzügen der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg, mit millionenfacher Versklavung und Völkermord - und alles diktiert von dem Weltherrschaftsstreben der „am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals.“ Weil diese Schuld und Verantwortung, dieser Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, zwar geleugnet und verdrängt, aber nicht wirklich aufgehoben werden kann - darum fürchtet man in der herrschenden Klasse bis heute die Aufdeckung von Klasseninteressen als der Quelle des Faschismus wie der Teufel das Weihwasser.

Die Wahrheit über den deutschen Faschismus ist nicht nur ein Geschichtsthema, sie ist von brisanter Aktualität. Aktuell sorgt der Fall des Bundesverbandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, bundesweit für Empörung. Im November 2019 entzog das Berliner Finanzamt der antifaschistischen Traditionsorganisation die Gemeinnützigkeit. Zur Begründung bezieht es sich auf den bayerischen Verfassungsschutz, der die VVN als „linksextremistisch beeinflusst“ einstuft. Tatsächlich trifft es den ältesten und größten Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, von Überlebenden der Konzentrationslager, von Widerstandskämpfern, Antifaschisten und deren Nachkommen – einen Verein, der wichtige und anerkannte Gedenkstätten-, Erinnerungs- und Zeitzeugenarbeit leistet. Die Gemeinnützigkeit wurde ausgerechnet in einer Zeit des verstärkten Rechtstrends, rechter Gewalt und neonazistischen Terrors entzogen.

Die Extremismustheorie, wie sie schon längst an den Schulen und Universitäten gelehrt wird und als schamlose Gleichsetzung von erzreaktionär-mörderischen Kräften mit fortschrittlich-humanistischer Politik, wird als ideologische Waffe gegen uns eingesetzt. Am 19. September 2019 beschloss das EU-Parlament in Strasbourg eine Resolution, die sich vorgeblich mit der „Bedeutung der europäischen Vergangenheit (bzw. des europäischen Geschichtsbewusstseins) für die Zukunft Europas“ befasst. Unter dem Vorwand, „totalitäre und autoritäre“ Regime und deren Verbrechen zu bekämpfen, erfolgt in diesem Text eine unhistorische und geistlose Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus sowie die konsequente Forderung, kommunistische Symbole und antifaschistische Denkmäler zu verbieten. Es ist natürlich nicht das erste Mal, dass die EU als Speerspitze der europäischen Imperialismen, von denen einige eine faschistische Vergangenheit haben, sich bemüht, den Faschismus zu verharmlosen und den Sozialismus zu diffamieren. Der nun beschlossene Text ist aber ein besonders widerwärtiges Beispiel dieser schändlichen Geisteshaltung und kruden Geschichtsfälschung.

Wie die Herrschenden von den Faschisten profitieren, wenn sie sie gerade brauchen, können wir gerade erleben: Der Coup war gelungen, die Überraschung perfekt. Im dritten Wahlgang war FDP-Landeschef Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD-Fraktion zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaats gewählt worden. Der FDP-Mann war damit der erste Landeschef der BRD, der mit den Stimmen der protofaschistischen Partei ins Amt gekommen ist – und zwar ausgerechnet in dem Bundesland, in dem einer der am weitesten rechts stehenden Landesverbände der AfD agiert.

Arnold Schölzel aus Tageszeitung jW vom 05.02.2020

„Das Modell dafür lieferte wiederum Thüringen 1930. Die NSDAP saß mit nur sechs Abgeordneten im Landtag, stellte aber erstmals in einer Landesregierung den Minister für Inneres und Volksbildung. Dieser Wilhelm Frick – später Reichsinnenminister und in Nürnberg 1946 als Kriegsverbrecher gehängt – verfasste Erlasse wie »Wider die Negerkultur für

deutsches Volkstum« und gegen die »Verseuchung durch fremdrassige Unkultur«. Zu Höcke gibt es keinen Unterschied. Der rief z. B. 2018 in einem Buch dazu auf, »sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen«. Er bestritt den Landtagswahlkampf 2019 auf zumeist vollen Plätzen damit, eine »Abschiebeinitiative 2020«, »selbstverständlich auf dem Boden des gültigen Rechts«, anzukündigen. Wer ihn wählte, kannte das.“

Zwar ist Kemmerich nun zurückgetreten, doch zeigt uns dieses Lehrstück in bürgerlich-parlamentarischer Demokratie, dass die Faschisten den Herrschenden immer wieder die Steigbügel halten. Auch wenn das Kapital nicht unmittelbar faschistische Kräfte braucht, wachsen denen für das Kapital nützliche und geradezu systemnotwendige Funktionen zu, woraus sich ihre schonende Duldung durch die herrschende Klasse erklärt. Das Spektrum dieser Funktionen ist durchaus entwicklungssträftig. Doch wir sehen ganz klar, dass die AfD Protestpotentiale auffängt und von Klassenpositionen in eine für das Kapital nationalisch-rassistische Richtung ableitet. Die AfD gibt die Stichworte, die helfen eine restriktive Einwanderungs-, Asyl- und Abschiebepolitik zu praktizieren. Sie treiben die Rechtsentwicklung entschieden voran, indem die Parteien Forderungen von ihnen aufnehmen um ihren Rechtsdrall sodann als wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus auszugeben. Noch reden die Herrschenden vom Tabubruch - mit Faschisten arbeite man nicht zusammen. Doch wie schnell ein solcher Tabubruch vollzogen wird, stellten sie in Thüringen erneut unter Beweis.

Neben dem Gegenwind von oben, gab es auch Proteste der Bürgerinnen und Bürger. In Erfurt, Weimar und Jena kam es zu Demonstrationen. Der Stadtrat in Jena stellte sich gegen den FDP Bürgermeister, der Kemmerich sofort gratulierte. Die Studierendenvertretung sagte dem frischgewählten Ministerpräsidenten den Kampf an. Dies trifft mehr oder weniger eine der wichtigsten Erfahrungen aus der Zeit vor 1933: Die notwendige Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten zur Wahrung der Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung gegen das Kapital, zur Abwehr der faschistischen Diktatur. Wir gehen auch weiterhin davon aus, dass das der richtige Weg ist. Wir wollen dabei allerdings nicht vergessen, dass Volksfrontpolitik auch immer das Entlarven der Herrschenden meint.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Gefahr des Faschismus ist da, solange wir im Kapitalismus leben. Wenn wir vom Faschismus reden, dann wollen wir auch vom Kapitalismus reden. Und das tun wir, in der Schule, in der Uni und im Betrieb.

Auch in diesen Zeiten, in denen der politische Diskurs immer weiter nach rechts rückt, bleiben unsere Forderungen dieselben – wir wollen sie noch energischer vertreten:

- Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand – Verbot von faschistischen Aufmärschen!

- Schluss mit der Geschichtsfälschung – für eine antifaschistische Schulbildung!
- Der Tag der Befreiung, der 8. Mai, muss ein gesetzlicher Gedenk- und Feiertag werden!
- Verbot und Zerschlagung von allen faschistischen Organisationen, Parteien und ihren Tarnorganisationen!